

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1774

der Abgeordneten Sabine Barthel (AfD-Fraktion) und Kathleen Muxel (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/4924

Verzögerungen bei der Novavax-Lieferung und Pläne der Landesregierung

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Letzten Monat hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) dem Corona-Impfstoff Nuvaxovid des Herstellers Novavax eine Zulassung erteilt.¹ Die für Januar angekündigte Lieferung von Nuvaxovid soll sich jedoch laut Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bis zum 21. Februar 2022 verzögern.²

Frage 1: Welche Arztpraxen und welche Impfzentren werden voraussichtlich Nuvaxovid verimpfen?

Frage 2: Wird es eine Priorisierung des Novavax-Impfstoffes geben?

Zu den Fragen 1 und 2: Am 22. Januar 2022 hat die Gesundheitsministerkonferenz beschlossen, den Impfstoff von Novavax prioritär den bisher nicht geimpften Angehörigen der Berufsgruppen zur Verfügung zu stellen, die unter die bestehende einrichtungsbezogene Impfpflicht fallen. Eine darüberhinausgehende Priorisierung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant. Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung dieser Empfehlung folgen wird.

Frage 3: Die bisherige Verteilung von Corona-Impfstoffen durch die EU war sehr unbefriedigend. Hat die Landesregierung deshalb die entsprechenden Schlüsse gezogen und plant nun zur Sicherheit auch eigene Bestellungen?

- a) Wenn ja, wie viel soll bestellt werden (sowohl in Dosen als auch in Euro)?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 3: Die Bekämpfung einer weltweiten Pandemie kann nicht auf Ebene von Nationalstaaten oder gar Bundesländern erfolgreich sein. Bereits am 17. Juni 2020 stellte deshalb die Europäische Kommission eine EU-Impfstoffstrategie zur Beschleunigung der Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen gegen COVID-19 vor.

¹ Vgl. „Novavax: EMA macht Weg frei, EU-Kommission erteilt Zulassung“, in: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/130246/Novavax-EMA-macht-Weg-frei-EU-Kommission-erteilt-Zulassung> (20.12.2021), abgerufen am 12.01.2022.

² Vgl. „1,75 Millionen Dosen Novavax kommen am 21. Februar“, in: <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/175-millionen-dosen-novavax-kommen-am-21-februar-130740/> (14.01.2022), abgerufen am 18.01.2022.

Die in der Folge von den EU-Mitgliedstaaten beschlossene gemeinsame Beschaffung von Corona-Impfstoffen hat dazu geführt, dass allen Mitgliedstaaten der EU gleichermaßen Zugang zu sicheren, wirkungsvollen und bezahlbaren Impfstoffen verschafft werden konnte. Durch das gemeinsame Auftreten der EU gegenüber den Arzneimittelherstellern konnte die Marktmacht aller Mitgliedsstaaten zum Wohle der gesamten Bevölkerung der EU gezielt eingesetzt werden. Durch die gemeinsame Beschaffung konnten bislang mehr als 1,2 Mrd. Impfdosen an die Mitgliedsstaaten ausgeliefert wurden und in der EU eine Erwachsenen-Impfquote von 80,4 % erreicht werden (Stand: 12. Januar 2022. Quelle: Impfstoffhersteller und ECDC-Daten). Für ein Abweichen Brandenburgs von der erfolgreichen Impfstoffstrategie der Europäischen Kommission und dem Konzept der gemeinschaftlichen Beschaffung von Impfstoffen besteht keine Veranlassung.

Frage 4: Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, durch das Novavax-Vakzin (und dadurch weniger durch sozialen und politischen Druck auf Ungeimpfte) die Impfquote (durch eine höhere Überzeugungskraft gegenüber Menschen, die sich nicht mit vergleichsweise neuartigen Impfstofftypen impfen lassen wollen) zu erhöhen?

Zu Frage 4: Aufgrund des in der Öffentlichkeit kommunizierten Interesses von Teilen der bisher ungeimpften Bevölkerung an einem Proteinimpfstoff, wird von einer Erhöhung der Impfquote ausgegangen.

Frage 5: Wird die Landesregierung diesmal allen Versuchen, landes- oder bundeseigene Impfstoffbestellungen als „Impfstoffnationalismus“ zu diffamieren, entschlossen entgegenzutreten? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 5: Im Land Brandenburg zum Einsatz kommende Impfstoffe werden vom Bund bereitgestellt. Die Bundesrepublik Deutschland erhält diese im Rahmen ihrer Partizipation an der EU-Impfstoffstrategie. Sehr hohe Priorität hat hierin die Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Impfstoffen für alle Menschen in der EU. Gleichwohl greift eine Versorgung allein der EU-Bevölkerung von Corona-Impfstoffen zu kurz, da weltweit alle Staaten von der Pandemie betroffen sind. Die Kommission und die EU-Länder haben der weltweiten COVAX-Initiative zur Gewährleistung eines fairen Zugangs zu Corona-Impfstoffen fast 3 Mrd. EUR zugesagt und fördern Impfkampagnen in den Partnerländern. Am 29. November 2021 hat die Präsidentin der Europäischen Kommission anlässlich der zweiten Sondersitzung der Weltgesundheitsversammlung der WHO bestätigt, dass die EU ärmeren Ländern bis Mitte 2022 zusätzlich mindestens 700 Millionen Impfdosen spenden wird, so dass durch die EU die globale Eindämmung der Pandemie massiv vorangetrieben wird. Aufgrund des Erfolgs der EU-Impfstoffstrategie, die sowohl die Impfstoffversorgung innerhalb der EU als auch den globalen Ansatz der Pandemiebekämpfung im Fokus hat, besteht seitens des Landes keine Veranlassung zu einem Abweichen.